

Kučera, Bohumil

**Die Losung der Arbeiterregierung - der Vorgängerin der  
Volksdemokratie und der erste Versuch ihrer Verwirklichung in  
Sachsen im Jahre 1923**

*Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. G, Řada  
sociálněvědná. 1966, vol. 15, iss. G10, pp. [65]-82*

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/111826>

Access Date: 16. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University  
provides access to digitized documents strictly for personal use, unless  
otherwise specified.

BOHUMIL KUČERA

DIE LOSUNG DER ARBEITERREGIERUNG —  
 DER VORGÄNGERIN DER VOLKSDEMOKRATIE  
 UND DER ERSTE VERSUCH IHRER  
 VERWIRKLICHUNG IN SACHSEN IM JAHRE 1923

Die neuen Übergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus und ihre Ermittlung nahmen nach dem 2. Weltkrieg sehr an Bedeutung zu. In den Vordergrund des Interesses rückten sie nach der Errichtung der Volksdemokratie in Mittel- und Osteuropa. Ihre Bedeutung geht Hand in Hand mit der sich entfaltenden nationalen Befreiungsbewegung und dem Zerfall des Kolonialismus. Das ist auch der Grund, warum sich die internationale Arbeiterbewegung mit dem Problem in den letzten Jahren wiederholt auseinandergesetzt hat, namentlich in den bekannten Dokumenten, die anlässlich der Moskauer Beratungen in den J. 1957 und 1960 beschlossen wurden.<sup>1</sup>

Wesenszug der volksdemokratischen Macht, insbesondere ihrer ersten Etappe, ist die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, wie sie von Lenin in seiner Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der bürgerlich-demokratischen Revolution“ formuliert wurde. Im Verlauf des Hinüberwachsens dieser Revolution in eine sozialistische ändert sich auch diese Machtform in eine Diktatur des Proletariats. V. I. Lenin, der im J. 1920 die neu entstandene Lage beurteilt, kommt zu dem Schluss, dass auf die Herausbildung kommunistischer Parteien neuen Typus, die die Vorhut der Arbeiterklasse in sich konzentriert haben, es notwendig sei, die breiten Massen für den Revolutionskampf zu gewinnen und entsprechend den konkreten Bedingungen in den einzelnen Ländern, die Form des Übergags oder der Annäherung an die proletarische Revolution zu finden.<sup>2</sup>

Diese Idee Lenins tritt in der Arbeiterbewegung der 20er Jahre zum Vorschein und wurde von der Komintern in die Taktik der einheitlichen proletarischen Front und die Losung der Arbeiter, später der Arbeiter- und Bauern-Regierung weiterbearbeitet.

Das Dezemberplenium der erweiterten Exekutive der Komintern (in der Folge: EKI) ging von der taktischen Losung des III. Kongresses der Komintern „zu den Massen“ aus und arbeitete im Dezember 1921 die „Thesen über die Einheitsfront“ aus. Ihr Ziel war die Bildung einer Kampfgemeinschaft aller Werktätigen ohne Unterschied der politischen Angehörigkeit. Gegenstand des Kampfes ist dann nicht mehr die Diktatur des Proletariats, auf die die Massen noch nicht vorbereitet sind, sondern die alltäglichen Forderungen. Im Verlaufe des Kampfes um die Durchsetzung alltäglicher Forderungen bot sich den Massen die Möglichkeit, politische Erfahrungen zu sammeln und sich davon zu überzeugen, dass die meisten Bedürfnisse der Arbeiterklasse auf keine andere Art und Weise befriedigt werden können als durch die Übernahme der Macht.

Nach anfänglichen Missverständnissen in einigen kommunistischen Parteien setzte sich die Idee der Einheitsfront durch und bereits im Sommer 1923 (Juni-sitzung der erweiterten EKI) wurde sie ganz logisch mit der Losung „Arbeiter-regierung“ ergänzt. Die Losung der Arbeiterregierung wurde durch den IV. Kongress der Komintern im Dezember 1922 genau formuliert.

Es handelt sich um eine von Kommunisten und Vertretern reformistischer Parteien eventuell von Bauern, die die Interessen der Werktätigen verteidigen, gebildete Regierung. Grundlegende Aufgabe der Arbeiterregierung war die Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung und Auflösung bürgerlicher kontra-revolutionärer Organisationen, Einführung der Produktionskontrolle durch die Werktätigen und Abwälzung der Steuerbürde auf die Reichen. Aus dem Angeführten geht hervor, dass es sich nicht um Forderungen sozialistischen Charakters handelt, vielmehr aber um die Schaffung einer Machtposition für die Arbeiterklasse. Im Sinne dieser Thesen ist die Arbeiterregierung eine Übergangsform, die das Hinüberwachen in die sozialistische Revolution ermöglicht. Sollten sich derartige Regierungen herausbilden, ... . bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal ein geschichtlich unvermeidliches Übergangsstadium zur Diktatur, aber sie sind, wenn sie irgendwo zustandekommen, ein wichtiger Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur“.<sup>3</sup>

## I

Die revolutionäre Situation dieser Jahre reifte weitestgehend in Deutschland heran. Die Wirtschaftskrise mit einer immer tiefer werdenden Arbeitslosigkeit, die tiefe Währungs-inflation, Abwälzung der durch den Vertrag von Versailles auferlegten Kriegsreparationen und die aus der militärischen Okkupation durch die französische und belgische Armee entstandenen Schwierigkeiten stürzten den überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung ins Elend und eine ausgesprochene Hungerskatastrophe.

Dank einer gut geführten Agitationsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands (in der Folge: KPD) bildete sich die einheitliche proletarische Front und erreichte beträchtliche Erfolge. Das Proletariat bildete sich im Kampfe gegen die Verelendung eigene Organe der Einheitsfront heraus: die Betriebsräte mit dem Reichskomitee der Betriebsräte an der Spitze, Kontrollkomitees und proletarische Wehr. Von diesen Organen wurden dann die Werktätigen zu zahlreichen Aktionen geführt, in denen sie deren Forderungen durchsetzten.

Unter einer sich ständig verschlimmernden Situation im Lande zwangen die Werktätigen mittels eines Generalstreiks die bürgerliche sozialdemokratische Regierung zum Rücktritt. Die neue Regierung der sog. grossen Koalition (wiederum mit der Sozialdemokratie gebildet), versuchte die revolutionäre Bewegung der Massen zum Stillstand zu bringen, indem sie den Ausnahmezustand erklärte. Am 27. 9. 1923 hat der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert den Ausnahmezustand proklamiert und die Exekutivgewalt im Staate auf das Reichswehrministerium übertragen, das seinerseits berechtigt wurde, dieselbe an die einzelnen Landeskommandanten zu übertragen. In Sachsen wurde tatsächlich der Reichswehrgeneral Müller mit der Ausübung der Gewalt beauftragt.

In dieser kritischen Situation kam es am 11. 10. 1923 in Sachsen zur Bildung

einer Arbeiterregierung, die aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt war. In der sieben Mitglieder zählenden sächsischen Landesregierung hatten vier Plätze die Sozialdemokraten und zwei die Kommunisten inne. Zum Ministerpräsidenten wurde der Sozialdemokrat Dr. Zeigner, Minister des Innern, der Gerechtigkeit, der Kultur und der Arbeit die Sozialdemokraten Liebmann, Neu, Fleisner und Graupe, Finanz- und Wirtschaftsminister die Kommunisten Böttcher und Heckert. Zum Ministerialdirektor der Staatskanzlei, der die Verwaltung des bürokratischen Apparats und die Polizei untergeordnet waren, wurde der Kommunist Brandler. Wie man sieht, übernahmen die Kommunisten diejenigen Ministerien, die in der damaligen trostlosen Lage Deutschlands die Lösung der schwersten Probleme darstellten. Nichtsdestoweniger konnten eben diese Ministerien zum Ausgangspunkt zu Massnahmen werden, die für die Arbeitermassen von Nutzen wären und die auch geeignet wären, sie zu gewinnen. Die Möglichkeit einer von oben zu verwirklichenden Revolution war gegeben.<sup>4</sup>

Die programmliche Regierungserklärung war mehr als bescheiden. Ausser der allgemeinen Behauptung, die „neue Regierung sei eine Regierung der proletarischen Verteidigung“, enthielt sie nur einige wenige Forderungen zur Befriedigung der dringlichsten Interessen der Werktätigen.<sup>5</sup>

Die Situation der Kommunisten in der Regierung war also keineswegs leicht. Allerdings konnte man auch so wenigstens von dem bescheidenen Regierungsprogramm ausgehen und Massnahmen durchsetzen, die die Position der Arbeiterklasse stärken, die der Bourgeoisie schwächen und den Ausgangspunkt für den Kampf um die Macht vorbereiten konnten.

Man muss sich vor Augen halten, dass es sich damals nicht um eine ruhige Entfaltung der Revolution handelte und dass man nicht damit rechnen konnte, dass die Arbeiterklasse über die Arbeiterregierung kampfflos an die Macht gelangen wird. Dazu war die Position der Bourgeoisie, der die Reichswehr, bewaffnete faschistische Organisationen ehemaliger kaiserlicher Offiziere und Söldner des Weltkrieges zur Verfügung standen und die auf die Hilfe der internationalen Bourgeoisie, deren Truppeneinheiten damals in Deutschland stationiert waren (die Okkupationsarmeen Frankreichs und Belgiens im Ruhrgebiet, englische Einheiten im Rheinland), rechnen konnte, noch nicht allzu fest. Die Arbeiterregierung in den damaligen Bedingungen sollte als Ausgangspunkt der Arbeiterklasse zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats dienen.

Um dies zu verwirklichen, musste die Arbeiterregierung bestimmte grundlegende Aufgaben erfüllen: das Proletariat bewaffnen, die Konterrevolution entwerfen, die Kontrolle über der Wirtschaft erzielen und das Bezahlen von Steuern und Staatsausgaben auf die Reichen abwälzen. Dies blieb im gegebenen Falle jedoch aus. Die Kommunisten traten nicht einmal in der Regierung mit derartigen Forderungen auf und setzten sie nicht durch. Es ist klar, dass sie auf schweren Widerstand ihrer sozialdemokratischen Partner gestossen wären. Damit musste man jedoch rechnen und dort, wo er nicht zu überwinden war, konnte man sich auf die revolutionäre Volksbewegung stützen, die gerade in Sachsen breit entwickelt und kampflustig war.

Waren doch hier die Betriebsräte, und die Kontrollkomitees und die proletarischen Hundertschaften am vollkommensten organisiert. Und alle diese Organe waren eben in Sachsen nicht nur aus Kommunisten, sondern auch aus sozialdemokratischen Arbeitern und Parteilosern zusammengestellt. Es bestand

hier also eine breite Massenbasis für die Tätigkeit der Kommunisten in der Regierung für die Kontrolle von Massnahmen einer solchen Regierung „von unten“ durch die revolutionäre Masse und die Verdrängung der sozialdemokratischen Regierungspartner in eine Lage, wo sie solche Forderung zulassen mussten, ob sie es schon wünschten oder nicht. Andernfalls hätten sie das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder verloren.

Einen Versuch, diese revolutionäre Politik durchzuführen, unternahmen die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung nicht, da sie bestrebt waren, sich die Unterstützung ihrer sozialdemokratischen Partner zu sichern. Die Fehlerquelle lag also nicht in der Entstehung der Regierung als Resultat einer bestimmten parlamentarischen Konstellation, vielmehr aber in ihrer ganzen weiteren Tätigkeit, besser gesagt Tallosigkeit.

Die Schwäche der ganzen Konzeption erhellt bereits aus der Erklärung eines kommunistischen Mitglieds dieser Regierung, Böttcher, der unmittelbar nach ihrer Bildung von ihrer Aufgaben und vom Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten in der Regierung folgendermassen spricht: „Wir wollen mit besonderen Forderungen nicht auftreten, wenn wir die Überzeugung gewinnen, dass die Sozialdemokraten eine Umformung der proletarischen Hundertschaften in wirkliche Streitkräfte des Proletariats mit uns vornehmen werden. Was das sozialdemokratische Programm betrifft, ist es klar, dass es nicht entspricht. Die Sozialdemokraten müssen, ob sie nun wollen oder nicht, nach links gehen.“<sup>6</sup>

In ihrer Bestrebung, die Hauptaufgabe, die Bewaffnung der Arbeiterschaft zu erzielen, waren die Kommunisten gewillt, keine weiteren Forderungen zu stellen. Dies stand im Widerspruch sowohl mit der bereits zitierten Resolution als auch mit dem Tatbestand. Noch schwerwiegender ist jedoch, dass es sich rasch herausgestellt hat, dass die Erreichung dieses Hauptziels nicht erfolgen wird und dass sie trotzdem mit anderen Forderungen nicht aufzutreten sind.

Man muss sich vor Augen halten, ob es unter den gegebenen Umständen, dem ungenügenden Regierungsprogramm, der Unverlässlichkeit und Unfestigkeit der Regierungspartner, möglich war, die Forderungen des Proletariats geltend zu machen und durchzusetzen und gleichzeitig das, was dafür die kommunistischen Regierungsmitglieder getan haben. In Sachsen, wie übrigens im ganzen Reich, litten die breiten Massen der Werkstätigen einschliesslich kleiner Gewerbetreibender, Kaufleute und der werktätigen Intelligenz Elend und wörtlich Hunger, bedingt durch schlechte wirtschaftliche Lage, Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit vertiefte sich noch, weil die Unternehmer die Betriebe zusperrten und Vorräte sowie fertige Erzeugnisse für die Zeit zurückhielten, bis sie diese gegen eine stabilere Valuta absetzen können. Alle diese Erscheinungen traten in Sachsen in bei weitem erhöhtem Masse zutage, denn es handelte sich um ein ausgesprochen industrielles Gebiet, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung an den Tageslohn angewiesen war.

Die programmliche Regierungserklärung versprach deshalb, dass „die Regierung für wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen zur Hebung der Mark und Verbesserung der Verhältnisse sorgen wird, gegen unberechtigte Arbeits-einstellung in den Fabriken eingreifen und für eine ergiebige Unterstützung der Arbeitslosen und der teilweise Beschäftigten Sorge tragen wird“. Es war also möglich, von diesen Versprechen sofort auszugehen und sowohl in der Regierung als auch im Landtag die notwendigen Massnahmen durchzusetzen, den Reichen

Steuern und Abgaben auferlegen, eventuell die unberechtigterweise stillgelegten Betriebe zu beschlagnahmen und diese unter der Leitung der Betriebsräte in Gang zu bringen. Auf diese Art und Weise wurde es möglich, in einem beträchtlichen Teil der Industrie Kontrolle zu erreichen. Schliesslich wurde es möglich, die unterschlagenen Lebensmittelvorräte auf den Grossgütern zu beschlagnahmen und diese zu verteilen oder zu festgesetzten Preisen an Werktätige zu verkaufen. Auch wenn die Sozialdemokraten gegen derartige Massnahmen, die sie selbst vorgeschlagen hatten, Stellung nahmen, war es möglich, sich auf die breiten Massen einschliesslich der sozialdemokratischen Arbeiter zu stützen und die Regierung zur Zustimmung zu zwingen.

Derartige Massnahmen mussten zwangsläufig für die Kommunisten in der Regierung und für die Regierung beträchtliche Sympathien und eine mächtige Unterstützung „von unten“ gewinnen, denn die Massen in Sachsen waren seit Jahren in ständiger Bewegung und verwirklichten selbst, ohne ihr Zutun, derartige Massnahmen.

Ende Juli und Anfangs August wurde Sachsen von einer Streikwelle zur Lohn-erhöhung erfasst, z. B. in den Braunkohle-Revieren Gelsnitz, Lugau und Zwickau. Auf gewaltigen Kundgebungen, unterstützt von proletarischen Hundertschaften, belagerten die Streikenden die Grubenverwaltungen und gingen nicht auseinander, solange die Unternehmer ihre Löhne nicht erhöhten.

An anderen Orten kamen die Streikenden direkt in die Behausungen der Unternehmer, holten sie auf die Versammlungen und entliessen sie nicht, solange die letzteren ihren Forderungen nicht entsprachen. Solche Aktionen verliefen im Gebiete von Chemnitz, Aue, Meerane, Döbeln.

Die Werktätigen lösten auch die Versorgungsschwierigkeiten selbst. Die Kontrollkomitees, unterstützt von den Hundertschaften, beschlagnahmten die Lastautos, zogen aufs Land und requirierten auf den Gütern Landprodukte und Lebensmittel, die sie dann an die Stadtbevölkerung weiterverteilten. Dies geschah z. B. auf den Grossgütern Innitz, Kotzbar, Böhlen, Gross-Städeln. Die Polizei war völlig machtlos, sie wagte nicht einzugreifen, ja die Polizeibeamten kauften den kontrollkomitees die beschlagnahmten Lebensmittel für ihre Familien ab.<sup>7</sup>

Unter diesen Bedingungen ist es zweifelsfrei, dass die Massen ähnliche Massnahmen der Kommunisten in der Regierung, die ihre Tätigkeit eigentlich legalisierte, begrünnen würden und dass die Sozialdemokratie es nicht wagen würde, gegen die von ihrem Programm ausgehenden Forderungen aufzutreten.

Und was taten in dieser Lage die kommunistischen Minister? Finanzminister Böttcher lud am 16. 9. 1923 die sächsischen Bankdirektoren, Industriellen und Grossgrundbesitzer vor und verlangte von ihnen, dass sie selbst Hilfsaktionen für die Hungernden in Sachsen organisieren.

Als diese eine solche Hilfeleistung ablehnten, verlangte Böttcher eine zinsfreie Anleihe für die Regierung. Sie lehnten wieder ab, obwohl er staatliche Bergwerke und Betriebe als Garantie anbot. Die Vertreter des Kapitals verweigerten jegliche Hilfe für die Regierung und gingen auseinander ohne dass die Regierung irgendeinen Versuch unternommen hätte, sie dazu zu zwingen.<sup>8</sup>

Allerdings war eine solche Handlung nicht dazu geeignet, die Werktätigen zu gewinnen, vielmehr musste sie diese demoralisieren. Wie konnten sie begreifen, dass ein kommunistischer Minister, der ihre Unterstützung geniesst, bei den Kapitalisten um Hilfe bittet, wenn die Regierung aus eigener Macht Steuern auferlegen kann, um die notwendigen Mittel zu gewinnen, abgesehen davon,

dass sie die Möglichkeit hat, die widerrechtlich stillgelegten Betriebe zu beschlagnahmen und sie in Betrieb zu setzen.

Die programmliche Regierungserklärung versprach die Säuberung von reaktionären Elementen und besagte wörtlich, dass die Regierung „den Staatsapparat von Beamten, die offen oder heimlich für die Wiedereinsetzung des Grosskapitals arbeiten, energisch säubern wird“. Davon ausgehend konnte man mindestens die Erfüllung dieser Zusage verlangen. An Reaktionären im Staats- und selbst im Polizeiapparat mangelte es nicht — und dennoch traten die Kommunisten mit dieser Forderung nicht auf und während ihrer Tätigkeit in der Regierung wurde kein einziger Beamter entlassen, ja man verlangte nicht einmal die Entlassung derjenigen Polizeibeamten, die bei Demonstrationen in Bautzen und Leipzig den Schiessbefehl gegeben und den Tod einer Reihe von Arbeitern verursacht hatten. Ebensowenig verlangte man die Auflösung von reaktionären Organisationen und halb-militärischen Bündnissen deren es auf dem Reichsgebiet einschliesslich Sachsen eine ganze Menge gab. Diese Organisationen wie z. B. Reichsflagge, Jungdeutschenorden, Blücherbund, Wikingsorden, Stahlhelm u. a. bewaffneten sich und bereiteten sich darauf vor, gegen die Regierung militärisch aufzutreten. Schon am 13. 10. 1923 teilte der kommunistische Abgeordnete Sievers im Landtag mit, dass illegale Einheiten der Schwarzen Reichswehr, des Stahlhelms und Werwolfs in die Reichswehr eingegliedert werden.<sup>9</sup>

Diese Organisationen waren den Massen wohl bekannt und die proletarischen Hundertschaften traten gegen sie auf. Gerade in Sachsen trieben die proletarischen Hundertschaften einige solche Veranstaltungen und Treffen auseinander. Am bekanntesten ist die Auseinandertreibung eines Treffens des Stahlhelms in Plauen durch die proletarischen Hundertschaften. Die damalige Stimmung der Massen und ihr Klasseninstinkt hätte man im Kampfe gegen die reaktionären Organisationen der Bourgeoisie gut ausnützen können.

Wie es um die wirkliche Stimmung der Massen bestellt war, das beweist am besten ein Bericht des Reichskommissars für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung an den Innenminister vom 13. 10. 1923. In diesem Bericht werden verschiedene Aktionen der Kontrollausschüsse, Betriebsräte, der proletarischen Hundertschaften geschildert und es wird ausdrücklich festgestellt: „Dass es sich bei diesen Vorgängen heute nicht mehr um eine rein kommunistische, von der kommunistischen Partei angeordnete Aktion handelt, sondern wirklich um legale Märsche, die ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit in der revolutionären Arbeiterschaft tief verwurzelt sind, davon zeugt ein Beschluss von der Versammlung der DMV-Funktionäre in Leipzig vom 11. 10. 1923.“<sup>10</sup>

Am schwierigsten war jedoch die Lage auf dem Gebiete der Bewaffnung des Proletariats, die das eigentliche Ziel des Beitritts der Kommunisten der sächsischen Regierung war.

Durch Bemühungen der KPD wurden die proletarischen Hundertschaften ins Leben gerufen, die nicht nur aus KP-Mitgliedern, sondern auch aus Sozialdemokraten und Parteilosen zusammengesetzt waren. Diese Hundertschaften waren entweder ungenügend oder gar nicht bewaffnet. Sie führten regelmässig Übungen durch und boten Schutz und Unterstützung den Aktionen der Arbeiterschaft; wie wir bereits gezeigt haben, handelte es sich um eine sehr wirkungsvolle und nützliche Unterstützung.

Bei allen Verhandlungen mit der SP bestand die KPD auf der Forderung, dass diese Hundertschaften bewaffnet und event. der Polizei angegliedert sein

sollten. Die SP stand dieser Forderung stets ablehnend gegenüber und untersagte oft ihren Mitgliedern, den Hundertschaften beizutreten. Trotz diesem Verbot waren jedoch sozialdemokratische Arbeiter Mitglieder der Hundertschaften.

Die Programmklärung der Regierung bot keinen Anhaltspunkt für die Forderung der Kommunisten nach Bewaffnung der Hundertschaften, bzw. nach ihrer Eingliederung in die Polizei. Hierin war also die Position der KPD schwierig und eine keineswegs leichte Aufgabe stand vor ihr. Es war möglich und notwendig, von der ganzen Situation auszugehen, in die die sächsische Arbeiterregierung geraten war, von der Gefahr einer kapitalistischen Umzingelung und eines bewaffneten Angriffs auf Sachsen, die von der Bourgeoisie offensichtlich vorbereitet wurden.

Die KPD verliess sich darauf, dass Brandler, der zum Direktor der Staatskanzlei (in deren Kompetenz der Staatsapparat sowie die Polizei gehörte) die Möglichkeit haben wird, die proletarischen Hundertschaften zu bewaffnen.

Es hat sich jedoch sehr bald herausgestellt, dass das nicht möglich sein wird. Die Sozialdemokraten änderten ihren Standpunkt nicht und hatten nicht die Absicht, die Hundertschaften zu bewaffnen, nicht einmal nachdem ihnen mitgeteilt wurde, dass die Reichswehr einen Überfall auf Sachsen vorbereitet. Denn bereits im J. 1922 stellte die sächsische Regierung fest, dass die Reichswehr auf sächsischem Gebiet geheime Waffenlager errichtet und Verbindungen mit der geheimen militärischen „Selbstschutzorganisation“ mit der Absicht anknüpft, diese gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu bewaffnen. Die sächsische Regierung protestierte beim Reichspräsidenten Ebert und bei der Reichsregierung, doch ihre Beschwerden blieben unerledigt. Ebenso bekannt war die Tatsache, dass die verschiedensten militärischen Organisationen in Bayern, z. B. „Bund Oberland“ u. a., bewaffnet und in die Polizei eingegliedert wurden; sie waren auf der sächsischen Grenze stationiert und warteten auf den Auftrag, in Sachsen einzumarschieren.<sup>11</sup>

Obwohl schlecht bewaffnet stellte die Bewegung der proletarischen Hundertschaften gerade wegen ihres Muts und revolutionären Bewusstseins eine beträchtliche Kampfkraft dar. Die Bourgeoisie erblickte in ihr ihren potentiellen Hauptgegner und führte den ersten Schlag gegen sie. Der für den 14. 10. 1923 einberufene Kongress der proletarischen Hundertschaften Sachsens wurde von General Müller, der auf Grund des Notstandsrechtes die exekutive Gewalt ausübte, verboten. Trotz dieses Verbotes trat der Kongress in Chemnitz zusammen und entschied sich für die weitere Organisierung und Festigung der Hundertschaften. General Müller antwortete er mit einem Sonderflugblatt und sagte ihm den Kampf an.<sup>12</sup>

Dabei unternahmen die Kommunisten weder innerhalb noch ausserhalb der Regierung einen offiziellen Versuch, die proletarischen Hundertschaften zu bewaffnen und unter Hinweis auf eine militärische Bedrohung Sachsens von aussen her zu veröffentlichen, wiewohl die Sozialdemokraten kaum in der Lage gewesen wären, einer solchen Forderung nicht zu entsprechen. Wenn wir die ganze Situation und die Tätigkeit der Kommunisten in der Regierung beurteilen, sehen wir, dass diese stets bemüht waren, auf dem Boden bürgerlicher Demokratie und parlamentarischer Usancen zu bleiben und nirgends den Versuch machten, auf die Massen gestützt und durch den Druck „von unten“ seine Partner zur Durchsetzung der Interessen der Werktätigen zu bewegen oder mindestens ihr wahres Gesicht zu enthüllen. Es war ganz gut möglich, sich auf



die Massen zu stützen, besonders indem man sich auf den Kongress der Betriebsräte berufen hätte. Die Erörterung jener Massnahmen, deren Durchführung die Kommunisten in der Regierung vorhatten, vom Kongress der Betriebsräte, wäre dazu geeignet, derartige Forderungen zu popularisieren, sie unter die Werktätigen auch in Betriebe hineinragen, die erforderlichen Sympathien und Unterstützung für die Kommunisten in der Regierung zu gewinnen und der ungelenkten Kraft Richtung und Ziel geben. Dessen wurden sich im Verlaufe des Kampfes einige Teile der Partei (insbesondere die Berliner Bezirksorganisation und die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg) bewusst und schlugen bereits im Sommer vor, den Kongress der Betriebsräte in Sachsen einzuberufen und mit ihm Fragen der Unterstützung der Arbeiterregierung und der Bewaffnung des Proletariats zu erörtern. Die KPD-Leitung mit Brandler an der Spitze wies im Einvernehmen mit Radek einen ähnlichen Vorschlag fünf- oder sechsmal zurück.

Brandlers Ablehnung wurde mit dem Hinweis motiviert, in Sachsen sei dies nicht nötig. „da wir hier die die Frage der Bewaffnung praktisch bereits aufgerollt haben“ und zum Teil auch deswegen, dass sich dies auf die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie störend auswirken könnte.<sup>13</sup>

Zur Einberufung dieses Kongresses konnte sich die KPD nicht einmal in den letzten Tagen der sächsischen Regierung entschliessen, wo Sachsen schon ein offener militärischer Angriff drohte. ja sogar nicht einmal in den Tagen, wo die Reichswehr gegen Sachsen vorrückte. Sie versuchte, ihn durch Einberufung einer Konferenz der Arbeiterorganisationen zum 21. 10. 1923 nach Chemnitz zu ersetzen, doch nicht einmal dort stellte sie das Programm des bewaffneten Widerstandes auf.

Am 20. 10. 1923 setzte sich die Reichswehr in Marsch gegen Sachsen. Damals bot sich die letzte Möglichkeit, das deutsche Proletariat zur Verteidigung zu mobilisieren und die Konferenz der Arbeiterorganisationen, die für den 21. 10. 1923 nach Chemnitz einberufen wurde, dazu auszunützen. Trotz dem Entschlusse der KPD-Führung, der einige Stunden vor Beginn der Konferenz gefasst wurde, dem Angriff der Reichswehr mit einem Generalstreik, entgegenzutreten und eventuell in bewaffneten Aufstand überzugehen, geschah auf der Konferenz etwas Derartiges nicht.<sup>14</sup>

Brandler unternahm zwar den Versuch, den Beginn für den Generalstreik vorzuschlagen, nahm jedoch von seinem Vorschlag Abstand, nachdem sich der sozialdemokratische Minister Graupe dagegen stellte. Brandler selbst trat so auf, dass er vielmehr gegen als für den Streik plädierte.<sup>15</sup>

Auf diese Weise konnte die Reichswehr widerstandslos in Sachsen einrücken und hier eine Schreckensherrschaft eröffnen und die sächsische Regierung in wenigen Tagen militärisch auseinandertreiben. Der erste und damals einzige Versuch, um ein neues Herangehen an die proletarische Revolution endete erfolglos. Es ist notwendig, den Ursachen dieses Misserfolges nachzugehen.

## II

Die Taktik der Einheitsfront und die Losung der Arbeiterregierung, wie sie auf dem IV. Kongress der Kommunistischen Internationale formuliert wurden, waren ohne jeden Zweifel richtig. Das hatte die ganze vorherige Entwicklung

in Deutschland gezeigt, wo es zur Bildung der einheitlichen proletarischen Front, zum Aufbau ihrer Organe und zu einer ganzen Reihe von Aktionen der Arbeiterklasse kam, bei denen Forderungen durchgesetzt wurden, denen die Bourgeoisie nicht die Stirn bieten konnte. Der prägnanteste Beweis war der im August durchgeführte Generalstreik, der die Regierung Cun stürzte. Ebenso wurde die Lebensfähigkeit der Losung der Arbeiterregierung durch das Zustandekommen einer aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Regierung erwiesen, wenn auch diese als Folge parlamentarischer Verhandlungen und nicht durch den Druck der Massen entstanden ist. Wir haben bereits gesagt, dass hier kein Fehler vorlag und dass dieser Mangel durch die Weiterentwicklung behoben werden konnte.

Der Fehler bestand darin, dass die KPD es nicht fertigbrachte, weiter zu gehen und dass sie opportunistische Haltung an den Tag legte. In der Einheitsfront sah sie nur eine Koalition mit der Sozialdemokratie, die eine friedliche Evolution ohne revolutionäre Umwälzungen ermöglichen wird und in der Arbeiterregierung „einen Versuch, die Arbeiterpolitik im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und vor allem mit ihren Mitteln durchzuführen. Das ist der Standpunkt des III. (8.) Parteitages der KPD in Leipzig im Januar 1923. Und auf diesem Standpunkte beharrte die KPD im wesentlichen die ganze Zeit bis Ende des Herbstes 1923.“<sup>16</sup>

Allerdings war das ein Beweis dafür, dass man das Wesen der Arbeiterregierung gar nicht begriffen hat, die, einmal eingesetzt, sich zwar aller Mittel der bürgerlichen Demokratie bedienen kann, jedoch nicht zögern darf, diese zu überschreiten und gestützt auf die proletarische Bewegung Massnahmen zu treffen hat, die über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie hinausgehen, wenn sie für die Werktätigen förderlich sind. Ebenso kann sie sich des bürgerlich-demokratischen, von der Reaktion gesäuberten Staatsapparats bedienen, doch im Bedarfsfalle muss sie damit beginnen, diesen zu zerschlagen und durch eigene Organe zu ersetzen.

Der opportunistischen Auffassung gesellte sich auch eine ganz extremistische Stellungnahme bestimmter Teile der Partei die die Einheitsfront als Form der Mitarbeit mit anderen Arbeiterparteien ablehnten und in der Arbeiterregierung die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats sehen möchten. Beide Ansichten stiessen aufeinander und dieser Gegensatz hatte dann Schwankung in der Führung, Verfall in Rechts- und Linksfehler zur Folge, wobei die rechtsgerichteten Ansichten allerdings vorherrschten.

Wesen, Ziel und Methoden der Arbeiterregierung waren schon damals theoretisch durchgearbeitet und bekannt. Hätte man die Thesen über die Taktik der KI befolgt, wie sie der IV. Parteitag der KI formuliert hatte, so wären keine Zweifel aufgetaucht. Die zitierten Thesen weisen eindeutig den Weg, den die KPD betreten sollte: „... Die Kommunisten erklären der Arbeiterschaft ebenso offen, dass die wirkliche Arbeiterregierung ohne revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie sich weder bilden noch erhalten kann. Als wirkliche Arbeiterregierung ist nur diejenige Regierung zu betrachten, die entschlossen ist, einen ersten Streit mit der Bourgeoisie zu entfachen, um wenigstens die wichtigsten Alltagsforderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Nur an einer solchen Regierung können sich die Kommunisten beteiligen.“<sup>17</sup>

Wie bereits erwähnt, handelten die Kommunisten in der sächsischen Regierung in dieser Weise und stellten keine einzige konkrete Forderung um die Interessen

der Werktätigen durchzusetzen und zu sichern. Obwohl sie an dieser Regierung beteiligt waren, unternahmen sie dennoch keinen Versuch, ihre Partner als das Hindernis für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter zu entlarven.

Aus Furcht, dass sie ihre Regierungspartner verlieren und die schwer zustande gebrachte Koalition zerschlagen könnten, entschlossen sie sich selbst zu keiner Tat und beteiligten sich auch weiterhin an einer Regierung, die nicht als die wirkliche Arbeiterregierung angesehen und zum Ausgangspunkt revolutionärer Kämpfe werden konnte. Dadurch wiegten sie jedoch die Massen in der Illusion, dass alles in Ordnung sei, und vermochten nicht, die revolutionären Stimmungen auszunützen — im Gegenteil, sie schwächten sie nur. Dies sahen später auch einige Rechtsstehende in der KPD ein, die für die Politik der Führung verantwortlich waren, auch wenn zu beweisen suchten, nichts derartiges hätte sich wegen des Widerstandes der Sozialdemokraten tun lassen.<sup>18</sup>

Die KPD-Führung, die die sächsische Regierung für eine Parlamentskoalition hielt, wagte es nicht, über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie hinaus zu gehen und wiegte sich ebenso wie die kommunistischen Minister in der Illusion hinsichtlich der bürgerlichen Demokratie. Hier wurde das taktische Grundprinzip der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution ausser Acht gelassen: die Ausnützung der Staatsorgane „von oben“ unter gleichzeitigem Druck und Unterstützung der Massen „von unten“. Die Kampf Stimmung der Massen und ihre Bereitwilligkeit, die Kommunisten in der Regierung durch eigene Aktionen zu unterstützen waren ausser jedem Zweifel und das wurde durch die bereits erwähnten Aktionen der Massen völlig bestätigt. Das beweist auch eine Reihe von erfahrenen Arbeiterrevolutionäre wie z. B. Ernst Thälmann oder Klara Zetkin.<sup>19</sup>

Es fehlten jedoch Anregungen von oben und die KPD-Führung war nicht in der Lage, durch ihre Vorschläge in Regierung, Landtag, Gemeindervertretungen usw. Aktionen zu entfalten, die von den Massen unterstützt würden und in deren Verlauf die erhobenen Forderungen durchgesetzt werden könnten. Noch in dem Moment, wo die Reichswehr gegen Sachsen vorrückte, wurde die KPD-Führung ihre Illusionen über den Charakter der sächsischen Regierung nicht los.

Gerade in diesen Tagen verfasst Brandler seinen Aufsatz „Es geht um alles“, doch nicht einmal darin wagt er, die Aufforderung zur Bewaffnung des Proletariats zu proklamieren, obwohl es jetzt klar ist, dass es sich um das Sein oder Nichtsein der Arbeiterregierung und der Arbeiterbewegung überhaupt handelt; im Gegenteil, er unterstreicht noch die Legalität und Verfassungsmässigkeit: „Die Kommunisten in der sächsischen Regierung werden ihr letztes tun, um die Sabotage der Kapitalisten und die Herrschaft der Militaristen zu verhindern. Die Mittel, über die die Regierung verfügt, die auf dem Boden der Verfassung (gesperrt von B. K.) steht, gegen die Macht, die die Verfassung mit Füssen tritt, sind gering. Wir werden sie bis zu Ende ausnützen.“<sup>20</sup>

Die Kommunisten in der sächsischen Regierung benahmen sich wie „bürgerliche Dutzendminister“ und unternahmen nicht den geringsten Versuch, etwas zu verwirklichen, was als Programm der Arbeiterregierung bezeichnet werden könnte, ja sie taten nichts dagegen, diese Regierung vor dem Auseinandertreiben zu schützen. Sie handelten wirklich so, dass ihre Tätigkeit auf dem V. Kongress als „banale bürgerliche Komödie“ bezeichnet werden konnte. Sie staken tief in ihrem Rechtsextremismus und wurden Opfer der opportunistischen Auffassung von der Arbeiterregierung „im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“, wie

sie auf dem Leipziger Parteitag definiert wurde. Darin lag der Hauptgrund, dass sich die Arbeiterregierung in Sachsen nicht halten konnte und die Hoffnungen des Proletariats nicht im geringsten erfüllt hat.

Allerdings kann man nicht übersehen, dass es in der KPD auch linksextremistische Ansichten auf die Arbeiterregierung gab und auch die falschen theoretischen Auffassungen einiger Teile der KPD trugen gleichfalls zum Misserfolg bei.

Die opportunistische Auffassung über die Arbeiterregierung stiess innerhalb der KPD auf Widerstand und verursachte Widersprüche in ihrer Politik und Taktik. An der Spitze der Partei stand die rechtsgerichtete Führung vom Typ eines Brandler und Thalheimer, die das Revolutionsmässige der Lage übersahen und in der Arbeiterregierung nur eine Koalition mit den Sozialdemokraten im Rahmen der bürgerlichen Demokratie erblickten. Ihnen trat die Gruppe ausgesprochener Linksextremisten (Maslow, Fischer) entgegen, die die konkreten Bedingungen übersahen und den sofortigen Kampf um die Diktatur des Proletariats verlangten. Die ehrlichen Arbeiterelemente Berlins und Hamburgs, unzufrieden mit dem Opportunismus in der Führung, tendierten zu dieser Opposition, doch waren sie sich theoretisch nicht im Klaren, um — unter Ablehnung der opportunistischen Auffassung der Arbeiterregierung — die richtige Konzeption finden zu können. Auch wenn sie ihr nahe kamen, verfielen sie oft selbst ins Extrem und neigten zu der Idee des sofortigen Kampfes für die Diktatur des Proletariats.

Obwohl diese Anschauung von der Führung abgelehnt wurde, führte das dazu, dass die Verwirrung der Meinungen noch tiefer wurde und verursachte, dass die KPD-Führung in den entscheidenden Oktobertagen eine Erklärung veröffentlichte, wo sie sich in der Zeit, da die sächsische Arbeiterregierung konstituiert wurde, unerwartet auf den Standpunkt des Kampfes für die Diktatur des Proletariats stellte.

Als Reaktion auf die Verkündigung des Ausnahmezustands im Reich gab die KPD eine Erklärung heraus, die in Form eines Sonderflugblattes die Massen zur Vorbereitung eines Generalstreiks mobilisierte. Sie hob darin eine Reihe von trefflichen Forderungen hervor, z. B. Bildung von Aktionsausschüssen, proletarischen Hundertschaften, Festigung der Einheitsfront u. dgl. m. Offenbar unter dem Druck der Linken in der Führung gelangte sie hier — ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Lage — bis zur Forderung der proletarischen Diktatur, was sie auch in ihren Losungen formulierte: „... Der kecke und überhebliche Angriff der kapitalistischen Trusts muss eine Antwort von der einheitlich geschlossenen Front der Werktätigen ohne Rücksicht der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit bekommen. Einer weissen Diktatur muss eine rote gegenübergestellt werden. Wenn das Parlament zum Teufel gejagt werden wird, muss seine Macht ein Parlament der Arbeit übernehmen — der Kongress der Betriebsräte.“<sup>21</sup>

Die Situation für die Forderung, die Diktatur zu errichten, war jedoch nicht reif. Die Massen befanden sich zwar in revolutionärer Bewegung, doch ihr Bewusstseinsgrad war noch nicht soweit fortgeschritten, damit sie die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats sofort begreifen könnten. Sie waren bereit, gegen die Bourgeoisie, die ihre Existenz bedrohte, zu kämpfen, doch gleichzeitig befanden sie sich in einem Stadium, wo sie in erster Linie um die Verbesserung der eigenen Lage und nicht um den Wandel der Gesellschaftsordnung kämpften.

Zu der dazu nötigen Reife könnten sie eben über die Etappe der Arbeiterregierung gelangen.

Und dabei wurde diese Forderung gerade in der Zeit erhoben, wo die KPD eine Arbeiterregierung in Sachsen gebildet hat, der ihre Mitglieder beitraten. Dieser Schritt der KPD stand im Widerspruch mit der zitierten Erklärung und musste in den Reihen der Indifferenten Zweifel erwecken und die kämpferische Einheit störend beeinflussen.

Es wurden also in der Auffassung der Arbeiterregierung und in der praktischen Politik der KPD auch Linksfehler begangen, auch wenn der Rechtsopportunistismus vorherrschte. Diese Unklarheiten verursachten innerhalb der Partei selbst Wirren, Ungewissheit hinsichtlich des Ziels und es haftete ihnen der Keim des Misserfolges an.

In beiden Fällen standen sie im Widerspruch mit jener Auffassung, die sich damals in der Kommunistischen Internationale herausbildete und die dem Bewusstseinsgrad der werktätigen Massen in Deutschland entsprach.

### III

Obwohl die Arbeiterregierung in Sachsen nach einigen Tagen ihres Bestehens gestürzt wurde, wurde sie dennoch zur Belehrungsquelle für den Kampf der Arbeiterregierung und bewies die Richtigkeit der Idee von neuen Wegen und von neuem Herangehen an die proletarische Revolution.

Sie zeigte in erster Linie die Möglichkeit, die einheitliche proletarische Front zu bilden, wo die Massen der Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei eine Reihe von Alltagsforderungen erfolgreich durchsetzen, in diesem Kampf Erfahrungen sammeln und sich für einen revolutionären Zusammenstoß erhärten.

Sie hat erwiesen, dass die Arbeiterklasse in der Lage ist, sich die eigenen Organe der Einheitsfront zu schaffen, die fähig sind, Massnahmen zugunsten der Werktätigen ins Leben zu rufen und einige Funktionen der Staatsmacht (Versorgung, Erhaltung der Sicherheit, Lohnregelungen u. dgl. m.) noch unter der Regierung der Bourgeoisie zu übernehmen.

Sie hat erwiesen, dass hier die reale Möglichkeit vorhanden ist, eine aus Vertretern von verschiedenen Schichten der Werktätigen bestehende Regierung als Instrument der „von oben“ verwirklichten Revolution zu bilden. Sie hat erwiesen, dass eine solche Regierung Sofortmassnahmen gegen die Bourgeoisie zu treffen hat, nicht zögern darf, zu diktatorischen Massnahmen zugunsten der Massen zu greifen und sich auf die Werktätigen zu stützen, wenn sie sich gegen die Bourgeoisie behaupten soll. Nur unter dem Druck der Massen, d. h. eine „von unten“ verwirklichte Revolution kann ihre Massnahmen durchsetzen und die Zustimmung schwankender Partner gewinnen.

Es stimmt schon, dass diese Konsequenzen nicht gleich gezogen wurden, im Gegenteil, dicht nach der Niederlage der Revolution wurden Konsequenzen gezogen, die einen vorläufigen Schlusstrich hinter der Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung setzten, nämlich in einer solchen Auffassung, in der sie eine neue Form des Herangehens an die Revolution werden können. Ausgehend von den Misserfolgen der Revolution gelangte man zu einer linksextremistischen

Verzerrung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Aus der falschen Anwendung wurde die Konsequenz gezogen, sie sei ungeeignet.

Die KI befasste sich mit der Kritik der deutschen Ereignisse sehr früh, bereits im Januar 1924 auf der Sitzung der erweiterten KI, wo man die Resolution „Lehren der deutschen Ereignisse“ ausarbeitete. Hier gelangte man zu dem sonst richtigen Schluss, dass die Hauptursache der Niederlage in einer Reihe von Fehlern und Mängel lag, die teilweise oportunistische Abweichungen darstellten.<sup>22</sup>

Bereits hier kam eine von Sinowjew vertretene Ansicht zum Vorschein, die Arbeiterregierung sei nur das Synonym für die Diktatur des Proletariats, eine Anschauung, die eigentlich alles leugnete, was in dieser Losung neu war, die dann unter dem Einfluss linksgerichteter Stimmungen auf dem V. Weltkongress der KI die Oberhand behielt und für lange Zeit in der Arbeiterregierung vorherrschend war.

Auf dem V. Weltkongress der KI erfolgte in der Auffassung der Einheitsfront und der Arbeiterregierung eine restlose Verschiebung nach links. Unter dem Einfluss opportunistischer Fehler in den deutschen Revolutionsereignissen konnten die deutschen Linkstehenden deshalb eine gewisse Autorität erreichen, da sie bereits früher gegen die opportunistischen Fehler der Führung aufgetreten waren. Dabei blieb jedoch der Umstand ganz verborgen, dass sie selbst die Taktik der Einheitsfront im Gegenteil entstellten. Der Einfluss dieser Linksgerichteten und ihre Unterstützung überwogen hier und die ganze Taktik wurde so entstellt, dass sie ihre Bedeutung auf lange Sicht einbüsste. Zum Siege der Linkstendenzen trug auch Lenins Tod bei, dessen grosse Autorität eine Mauer gegen jede Entstellung geschaffen hätte und imstande wäre die Gültigkeit der Theorie von neuem Herangehen an die Revolution zu erhalten. Vergebens versuchten einige Revolutionäre, die Idee der Arbeiterregierung aufrecht zu erhalten.<sup>23</sup>

Die Thesen des V. Kongresses der KI besagen in bezug auf die Einheitsfront: Die Einheitsfront ist lediglich die Agitationsmethode und revolutionäre Mobilmachung für die Dauer der ganzen Periode und die Arbeiterregierung ist sogar folgendermassen formuliert: Die Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung bedeutet für die Komintern die Losung der Diktatur des Proletariats, übertragen in die Sprache der Revolution, in die Sprache der Volksmassen.

Wie ersichtlich, wurde die Idee der Einheitsfront als Bündnis des revolutionären Proletariats verschiedener Richtungen mit momentanen Kampfzielen aufgegeben und der Gedanke der Arbeiterregierung als neue Form des Zugangs zur Revolution abgelehnt.

Obwohl die Erfahrungen der revolutionären Ereignisse nicht gleich richtig ausgewertet wurden, ging ihr Ergebnis für die revolutionäre Bewegung doch nicht verloren. Jahrzehnte später, im Kampf gegen den aufstrebenden Faschismus wurden sie erneut gewertet und vom VII. Kongress der KI bei der Bildung der Einheits- und Volksfront ausgenützt. Der VII. KI-Kongress wertete und nützte sie in ihrer ganzen Breite aus, wobei er sie entsprechend der veränderten Lage weiterentwickelte. Georg Dimitrow ging bei der Bewertung der Abweichungen von den Erfahrungen der sächsischen Arbeiterregierung aus und wies darauf hin, dass sie immer noch ihre Bedeutung zur Steigerung unserer Wachsamkeit gegen die von links oder rechts kommende Gefahr haben.

Die Schlussfolgerungen, zu denen wir gelangt sind, wurden im wesentlichen

erst auf dem VII. KI-Kongress gefasst. Die Erfahrungen der deutschen revolutionären Ereignisse und der Gedanke, ein neues Herangehen an die proletarische Revolution zu suchen, wie sie von Lenin in den 20er Jahren zum Ausdruck gebracht wurde, gingen für die Arbeiterbewegung nicht verloren. Im Gegenteil haben sie in der Taktik der Volksfront und später der Nationalfront und des breiten Bündnisses des Proletariats mit den übrigen Schichten der Werktätigen und allen fortschrittlichen Kräften in der Gegenwart ihre würdige Fortsetzung gefunden.

*Übersetzt von Rudolf Merta*

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Beratung der Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien in Moskau vom J. 1957, Prag 195 und Erklärung von den Beratungen der Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien vom J. 1960, Prag 1960.
- <sup>2</sup> Lenin, V. I., „Die Schriften“ (tschech.), S. 86–89.
- <sup>3</sup> Protokoll des IV. Kongresses der KI, S. 1017. — Dasselbst s. die ausführlichen Thesen „Über die Taktik der Kommunistischen Internationale“, insbesondere deren Teil „Die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterregierung“, S. 1014–1017.
- <sup>4</sup> Die KPD war sich dieser Möglichkeit klar bewusst und hatte auch das einschlägige Programm vorbereitet. Auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 5. u. 6. 8. 1923 verfasste sie eine Resolution, in der von Aufgaben der Arbeiterregierung die Rede ist: „Die erste wichtigste Massregel dieser Arbeit- und Bauerregierung ist die grundlegende Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, so dass die Arbeiterklasse zusammen mit Mittelschichten gemäss ihren Interessen die Anarchie der grosskapitalistischen Ausbeuter bündigt und Ordnung und Planmässigkeit in die Wirtschaft bringt. Ein erster Schritt dazu ist die Erfassung der Sachwerte, verbunden mit durchgehender Kontrolle der Produktion, des Verkehrs, des Handels, der Banken und Börsen durch die Klassenorgane, Betriebsräte der Arbeiter und Räte der Kleinbauer und Kleingewerbetreibenden von unten und durch die Organe des Arbeiter- und Bauerstaates von oben.“ S. Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED in Berlin (in der Folge: IML — Zentrallausschuss KPD — Sign. 2/4 Bl. 291).
- <sup>5</sup> Programmklärung der neuen sächsischen Regierung s. „Rovnost“ 13. 10. 1923: „... Die neue Regierung ist eine Regierung der proletarischen Wehr. Das Grosskapital hat in Industrie und Landwirtschaft die Offensive eröffnet. Die sächsische Regierung erklärt, dass sie sich als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung betrachtet und bemühen wird, die Gefahr einer Diktatur des Grosskapitals und des Militärs zu bannen. Ferner wird sie versuchen, einen Bürgerkrieg zu verhindern und den Staatsapparat von denjenigen Beamten zu säubern, die offen oder geheim auf die Wiederherstellung einer Diktatur des Grosskapitals hinarbeiten. Die Regierung wird sich für wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen zur Hebung der Markt und Verbesserung der Verhältnisse einsetzen. Sie wird gegen unbefugte Stilllegung der Arbeit in Betrieben einschreiten und für eine ergiebige Unterstützung der Arbeitslosen und teilweise Beschäftigten sorgen...“ Die Zitation stammt aus tschechoslowakischer Parteipresse, da das Erscheinen der „Roten Fahne“ zu jener Zeit eingestellt war.
- <sup>6</sup> S. Rudé právo 12. 10. 1923.
- <sup>7</sup> IML Berlin, Sign. 2/4-BI. 83–85. Auch Deutsches Zentralarchiv Potsdam: Reichsministerium des Innern Nr. 13.217 Bl. 199. Eine ausführliche Schilderung dieser Ereignisse s. in den Arbeiten von Willfried HANNISCH: Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften in Sachsen 1923, Berlin 1958, und Helmut GAST: Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923 — Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jhg. 1954, Heft 3. Ähnliche Ereignisse, wo die Massen ihre Interessen durchsetzen und der bürgerliche Apparat nicht in der Lage war, dies zu verhindern, verliefen auch an anderen Orten in Deutschland, z. B. in Ober-Baden in der Stadt Lörrach. Hier erböhten die Unternehmer unter dem Druck von Massenkundgebungen

- die Arbeiterlöhne, beriefen aber die Polizei aus der Hauptstadt und lehnten es ab, die Erhöhung zu zahlen. Weitere Kundgebungen fanden statt und dabei kam es zu Zusammenstößen der Hundertschaften mit der Polizei. Die Werkttätigen bemächtigten sich der ganzen Stadt und eine Notstandserklärung konnte an der Sache nichts verändern. Die Werkttätigen beendeten ihre Aktionen erst nachdem ihrer ultimativen Forderung, die Polizei müsste die Stadt gänzlich verlassen, Folge geleistet wurde. S. Rote Fahne 19. 9. und 20. 9. 1923. S. auch Heinz HABEDANK: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, S. 45—48. Berlin 1959.
- <sup>8</sup> S. „Gegen die Säbeldiktatur“. Drei Reden von Fr. Heckert, Wirtschaftsminister, Paul Böttscher, Finanzminister, Georg Graupe, Arbeitsminister, gehalten auf der Konferenz der Arbeiterorganisationen am 21. 10. 1923 in Chemnitz. Leipzig 1923.
- <sup>9</sup> S. IML Berlin: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung XII-E 3-I. Bl. 103. Der Vertrag von Versailles verbot Deutschland eine regelmässige Armee mit Ausnahme der Reichswehr mit ihren 115 000 Berufssoldaten zu bilden. Diese Anordnung wurde offen umgangen und aus ehemaligen Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren bewaffnete Verbände organisiert, die auf den Gütern ostpreussischer Junker, als Arbeitstruppen getarnt, untergebracht wurden. Hier genossen sie die normale militärische Ausbildung und wurden im Bedarfsfalle in die Reichswehr oder Polizei eingegliedert. Man nannte sie die Schwarze Reichswehr. Ähnlich verfügten auch die erwähnten halb-militärischen Formationen illegal über Waffen, machten Waffenübungen mit und standen mit der Reichswehr in Verbindung und wurden von ihr zu Ordnerdiensten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zugezogen. Die Entente-Mächte wussten um diesen Zustand und duldeten ihn stillschweigend, da es sich um Kräfte handelte, die gegen die Arbeiterschaft zu Unterdrückung revolutionärer Kämpfe eingesetzt wurden.
- <sup>10</sup> S. IML Berlin Sign. 10/18-Reichsministerium des Innern — Kom. Partei Bd. 2, Bl. 57, DMV (Deutscher Metallarbeiter-Verband). In dem folgenden Bericht wird beschrieben, wie sich diese Versammlung an die politischen Parteien mit dem Ersuchen wandte, unverzüglich aus allen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen Aktionsausschüsse zu bilden, die über alle Kampfmassnahmen der Werkttätigen einschliesslich des Generalstreiks zu entscheiden hatten.
- <sup>11</sup> Alle diese Ereignisse und Vorbereitungen der Reichswehr, militärisch gegen Sachsen einzuschreiten, die Protestaktionen der Sächsischen Regierung und ihre Erfolglosigkeit, die Verbindungen der Reichswehr mit den militärischen Geheimorganisationen, die Eingliederung dieser Organisationen in die Reichswehr werden vom ehemaligen preussischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Carl Sewering geschildert. S. das Buch: Carl Sewering, Mein Lebensweg, Band I, S. 43—436.
- <sup>12</sup> Der Wortlaut des Flugblattes befindet sich in der Arbeit von Wilfred HANNISCH: Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften, Berlin 1958, S. 81—82. In dem Flugblatt heisst es: „Herr General. Wir spotten Ihrer Verbote! Der Kongress der proletarischen Abwehrorganisationen hat stattgefunden. Sozialdemokratische und kommunistische Vertreter der PAO aus allen Teilen Sachsens haben die Kampfentschlossenheit des Proletariats bekundet. Arbeiter! Angestellte! Mittelständler! Kleinbauern! Beweist dem General Müller, dem Beauftragten der Reaktion, das ihr entschlossen seid, in breitester Einheitsfront um eure Existenz zu kämpfen! ... Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der Regierung Stresemann! ... Es lebe die Regierung der Werkttätigen in Stadt und Land. Auf zum Kampf. Auf zum Sieg! Der I. Kongress der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen.“
- <sup>13</sup> S. „Bericht über die Verhandlungen des IC. Parteitages der KPD“, S. 227—228. Auch „Inprekor“ Nr. 16/1924, S. 925. — Karl Radek weilte zu jener Zeit in Deutschland als Repräsentant der KI und trat als Berater der KPD auf. Einerseits vertrat er in einigen Fragen, z. B. in bezug auf den Charakter der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, den richtigen Standpunkt, unterlag jedoch andererseits, was die praktische Politik betrifft, dem Opportunismus. Dadurch konnte er Brandler und einige Mitglieder der Führung, die ohnehin rechtsextremistisch orientiert waren, beträchtlich beeinflussen. So gab Radek den Auftrag, den Maistrik der Ruhr-Bergleute zu beenden, obwohl dieser Streik im Begriffe war, sich auf ganz Deutschland zu verbreiten; er ordnete die Einstellung von öffentlichen Massenkundgebungen am Antifaschistischen Tage 29. 7. an und empfahl, den Generalstreik nach dem Sturz der Regierung Cun zu beenden, obwohl der Streik an Ausmassen zunahm und die Massen bereit waren, weiter zu kämpfen. Nach der Schilderung von Ruth FISCHER in ihrem Buche „Stalin und der deutsche Kommunismus“, Frankfurt am M. 1948, versuchte damals Radek, als inoffizieller Ver-



- mittler zwischen der sowjetischen und deutschen Regierung aufzutreten. Inwieweit er dazu berechtigt war, lässt sich nicht feststellen. Tatsache bleibt, dass er deutsche Ämterstellen aufsuchte und hier Eingriffe in die Politik der KPD versprach, wozu er jedoch in keiner Weise berechtigt war und die er offensichtlich zum Schaden der Arbeiterklasse unternahm. So z. B. suchte Radek laut Mitteilung des Staatssekretärs von Maltzahn das Aussenministerium auf und sprach seine Missbilligung der Politik der deutschen Kommunisten aus. In der Folge behauptete er gegenüber Maltzahn, dass „er (Radek) in der letzten Woche alles, was in seinen Kräften stand, getan hätte, um den deutschen Parteiführern zu beweisen, wie albern ihr gegen die deutsche Regierung gerichtetes Tun sei. Ich würde in einigen Tagen sehen, dass die kommunistischen Umsturzversuche im Rheinland schwächer werden“. — IML 10/17 Reichsministerium des Innern, Bd. I, Bl. 195—198.
- 14 Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale um deutsche Frage. Januar 1924, S. 42 — Hamburg 1924.
- 15 Ruth FISCHER, damals Mitglied der KPD-Führung, beschreibt Brandlers Auftreten wie folgt: „Brandler, kommunistischer Hauptdelegierter auf der Chemnitzer Konferenz, forderte die Durchführung eines Generalstreiks. Seine Rede hatte keinen Nachdruck und das rhetorische Rufen nach Waffen hatte den klaren Unterton, ein Streik wäre ein Abenteuer gewesen.“ S: Ruth FISCHER: Stalin und der deutsche Kommunismus“, S. 410 — Frankfurt am Main 1948. Ähnlich schildert Brandlers Auftreten auch E. Thälmann auf dem V. Kongress der KI und sogar Brandler selbst gesteht, er selbst habe die Losung zum Rückzug gegeben. S. „Fünftler Kongress der Kom. Internationale“, Band I, S. 267, 343, Hamburg 1924.
- 16 S. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD mit der Definition des Parteitages betreffend die Einheitsfront und die Arbeiterregierung“. Die Arbeiterregierung wird in der Resolution folgendermassen formuliert: „Die Arbeiterregierung ist weder Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf die proletarische Organe und proletarische Massenbewegung, Arbeiterpolitik zu treiben.“ S. 420.
- 17 S. „Protokoll des IV. Kongresses der KI“. Thesen über die Taktik der Komintern, S. 1017. — Die KPD wurde sich übrigens all dessen bewusst, denn bereits auf der Sitzung des Zentralkomitees in den Tagen 5.—6. 8. 1923 befasste sie sich mit der Frage, eine Arbeiterregierung zu errichten und in einer hier genehmigten Resolution kam sie zu den vollständig richtigen Schlussfolgerungen: „... Die Arbeiterregierung hat rücksichtslos vorzugehen, sie muss diktatorisch und rücksichtslos alle dem Proletariat zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Feind des Proletariats, gegen die Wucherer und Spekulanten, gegen die Raubritter der grosskapitalistischen Konzerne und Banken, gegen die bewaffneten Garden des Grosskapitals einzusetzen, wenn sie selbst von den kapitalistischen Verbrechern und ihren bewaffneten Garden nicht besiegt werden soll.“ S. IML, Sgn. 2/4, F. Zentralkomitee KPD, Bl. 292.
- 18 Hierher gehört auch z. B. A. Thalheimer, der damals rechtsstehende Mitglied der KPD-Führung, der mit Brandler für die Politik KPD verantwortlich war. Er beschreibt die Situation, die nach der Entstehung der sächsischen Regierung herrschte, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass eine Bewaffnung der Arbeiter, wie sie die KPD geplant hatte, nicht möglich sein werde, und weist auf die Möglichkeiten hin, einer solchen Situation gerecht zu werden: „... Es gab zweierlei Wege. Der erste: Mit revolutionär-diktatorischen Massnahmen aufzutreten, die dazu geeignet wären, den Widerstand der Bourgeoisie aufzureizen und die Koalition zu zerschlagen. Der andere Weg, der auch beschritten wurde, bestand in der Bewaffnung der Arbeiter mit staatlichen Mitteln, doch sonst sollte man im Rahmen der Verfassung verbleiben, in der Hoffnung, der Feind werde sich nicht rühren. In beiden Fällen müsste dies die Durchkreuzung des eigenen Plans zur Folge gehabt haben. Im ersten Falle jedoch könnte der Plan durch eine Reihe von Massnahmen durchkreuzt werden, die eine revolutionäre und propagandistische Wirkung gehabt hätten. Die Regierung, der die Kommunisten angehörten, hatte damals sofort mit diktatorischen Massnahmen aufzutreten. Im Lande herrschte Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenfürsorge war durch Beschlagnahme des Geldes bei den Unternehmern ermöglicht. Die Arbeit hätte vermittelt werden können, wenn man die stillgelegten Betriebe wieder eröffnet hätte. Auch die Lebensmittelbeschaffung hätte diktatorische Sofortmassnahmen erfordert.“ S. A. Thalheimer: „1923. Eine verpasste Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923“, S. 25 — Berlin 1931.
- 19 S. Protokoll des V. Kongresses der KI, S. 264, 323. — Klara Zetkin schildert hier die Lage

- in Deutschland als ausgesprochen revolutionär, wo die subjektiven Bedingungen schon in die subjektiven hinüberwachsen: „... In April, Mai, Juni, Juli sind diese Erscheinungen zu sehen: Überall Lohnkämpfe, Streiks, überall Hungerdemonstrationen, Plünderung der Läden, Requisitionen von Lebensmitteln auf dem Lande durch Stadtarbeiter usw. Es bestand kein Zweifel: die Lage war revolutionär.“
- <sup>20</sup> S. Die Rote Fahne 21. 10. 1923.
- <sup>21</sup> S. IML-Sign. D. F. VI/16/KPD-Flugblätter zu den revolutionären Kämpfen 1923/Bl. 89. Ebenso Reichskommissar f. Überwachung der öffentl. Ordnung XII-D-2, Bl. 51—53.
- <sup>22</sup> Lehren der deutschen Ereignisse — s. Kommunistische Internationale Nr. 31—32, Jhg. V, S. 00.
- <sup>23</sup> Von Bedeutung in dieser Hinsicht war das Auftreten Clara Zetkins, die — trotz der an der KPD-Führung geübten Kritik und trotz der Berücksichtigung aller Mängel auf der bisherigen Taktik verharrte: „... Die Einheitsfront stellt eine Kampfgemeinschaft des Proletariats ohne Unterschied der Parteien unter der Führung der Kommunistischen Partei dar. Die Arbeiterregierung ist kein blosses Synonym für Diktatur des Proletariats, sondern eine Regierungsform für den Zeitraum, wo die Bourgeoisie schon schwach ist, um die Macht zu erhalten, und das Proletariat noch schwach, um die Macht zu erringen...“ — Inprekor Nr. 16, 1924, S. 938. Eine richtige Auffassung der Arbeiterregierung wurde auch von K. Radek verteidigt, und zwar bereits auf der XIII. Konferenz der KPR im Februar 1924, ebenso wie später auf dem V. Kongress der KI. Er gelangte hier zu dem Schluss: „Streicht nicht die Lösung der Arbeiterregierung als Koalition mit den übrigen Arbeiterparteien, doch wir bewaffnen uns so, dass diese Regierung zum Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur wird. Protokoll des V. Kongresses der KI, S. 180. Radeks sonst richtiger Standpunkt konnte jedoch niemanden beeinflussen. Radek hatte sich dadurch diskreditiert, dass er die ganze Zeit hindurch in Deutschland und in der KPD-Führung als Delegierter der KI aufgetreten war, wobei er als Brandlers Berater in den praktischen Fragen zum Opportunismus tendierte und die opportunistischen Massnahmen der KPD-Führung billigte. Darum konnten seine Ansichten den Kongress beeinflussen.“
- <sup>24</sup> S. Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses KI, S. 25, 27.
- <sup>25</sup> Dimitrov G. M.: Auswahl aus Aufsätzen und Reden (tschech.), S. 102—104. Hier werden auch die Ereignisse des J. 1923 bewertet und die Möglichkeiten untersucht, wie sie für die Taktik der Volksfront ausgenützt werden konnten.

## HESLO DÉLNICKO-ROLNICKÉ VLÁDY — PŘEDCHŮDCE LIDOVÉ DEMOKRACIE A PRVNÍ POKUS O JEHO USKUTEČNĚNÍ V ROCE 1923

Hlavním obsahem současné dějinné epochy zůstává stále přechod od kapitalismu k socialismu. Pod rostoucím vlivem světové socialistické soustavy stále více zemí a národů se dává do boje s imperialismem a přibližují tak odstranění kapitalismu ve světovém rozsahu.

Je jen pochopitelné a zcela také odpovídá duchu marxismu-leninismu, že cesty různých národů k socialismu jsou navzájem od sebe odlišné a odpovídají podmínkám vývoje v jednotlivých zemích. Stejně tak je pochopitelné, že s přibližováním se konce kapitalismu se dostává na pořad hledání různých forem přechodu a nových cest k socialismu.

Myšlenka nových forem přechodu, vyslovená XX. sjezdem KSSS v r. 1956, rozvíjená poradami představitelů komunistických a dělnických stran v r. 1957 a 1960, stejně jako XXII. sjezd KSSS v r. 1961, není v mezinárodním dělnickém hnutí nijak nová. Měla své předchůdce a sehrála významnou úlohu v období Komunistické internacionály, kdy od jejího III. kongresu v r. 1921 nabývá podoby taktiky jednotné fronty a od IV. kongresu v r. 1922 je formulována jako heslo dělnicko-rolnické vlády. Po řadě let určitých zkresení se objevuje znovu na VII. kongresu v r. 1935 jako taktika lidové fronty a vlády lidové fronty.

Ponevadž taktika jednotné fronty a dělnicko-rolnická vláda let dvacátých obsahují teoretický podklad nových forem přechodu k socialistické revoluci, nebude bez významu a užitku vrátit se k těmto zkušenostem a poučit se na praktickém pokuse o jejich uskutečnění v r. 1923 v Sasku a Durynsku.

Autor se v této části pokouší na vzniku dělnické vlády v Sasku a jejích zkušenostech ukázat, jak Komunistická strana Německa (KSN) uskutečňovala taktiku jednotné fronty, jak utvořila dělnickou vládu, jakých dosáhla úspěchů a jakých se dopustila chyb.

Dá se říci, že taktika jednotné fronty byla většinou KSN pochopena správně jako bojový svazek nejrůznějších částí dělnické třídy s cílem dobýt řady výhod a vést ji na vlastních zkušenostech k pochopení nutnosti porážky kapitalismu. Nesporným výsledkem těchto snah bylo utvoření dělnických vlád v Sasku a Duryňsku.

Zde však již KSN, a především její vedení, nedokázala z dělnické vlády vytvořit nástroj proletariátu a základnu k rozhodnému boji o moc. Pravicové vedení se dopustilo řady chyb, jejichž společným jmenovatelem bylo to, že dělnickou vládu pokládalo za koalici v rámci měšťácké demokracie a nedokázalo tento rámeček překročit, ačkoliv historické podmínky pro to byly a přitom byla jediná možnost, jak se udržet a zvítězit. Nelze však opomenout, že v části KSN došlo k vysloveně levičáckým úchylnkám a je třeba si jich všimnout více, než bylo dosud zvykem. I když pramenily z dobrého úmyslu, podníceného revoluční nedočkavostí a i když vycházely z převážně zdravého jádra KSN, zkreslily taktiku jednotné fronty a především heslo dělnické vlády. V dělnické vládě odmítaly vidět formu přechodu, mezistupeň mezi buržoazní demokracií a diktaturou proletariátu, ale chápaly ji přímo jako diktaturu proletariátu.

To však muselo nezbytně odradit ony části dělnické třídy, které dosud nedozrály k pochopení nutnosti okamžité srážky. Přitom tyto levičácké názory vnesly zmatek i do řad KSN a přispěly k porážce dělnické vlády v Sasku v r. 1923.

Tento neúspěch nesprávného provádění správné myšlenky vedl pak k tomu, že V. kongres Komunistické internacionály v r. 1924 podlehl sám zkreslení hesla dělnické vlády v diktaturu proletariátu. Tím byla nová forma přechodu k proletářské revoluci na řadu let odsunuta. Teprve VII. kongres Komunistické internacionály v r. 1935, jehož třicátého výročí letos vzpomínáme, zhodnotil zkušenosti saského pokusu a vycházejíc z nové mezinárodní situace vrátil se k této myšlence v rozvinuté podobě taktiky lidové fronty a vlády lidové fronty.